

Horne, J.

**Article — Digitized Version**

## Der Beginn des Europamarktes in britischer Sicht

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Horne, J. (1959) : Der Beginn des Europamarktes in britischer Sicht, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 39, Iss. 3, pp. 131-132

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132769>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Der Beginn des Europamarktes in britischer Sicht

*The British have a great virtue, they recognize facts. Once the British acknowledge that the Common Market is a fact they will reach an agreement with it that will be in the common interest.*

*(Jean Monnet, im „Observer“, London 22. 2. 1959)*

Am 1. Januar 1959 traten die Satzungen der Europagemeinschaft in Kraft. Das Schwergewicht bei dieser Feststellung liegt weniger auf der Tatsache, daß die Gemeinschaft überhaupt zustande kam und eine gemeinsam geplante Wirtschaftspolitik in Gang gesetzt werden konnte — wenn dies auch allein schon einen großen Fortschritt in der tragischen Geschichte Europas bedeutet —, viel wichtiger ist, daß damit der Welt der gemeinsame Aufbau einer europäischen Wirtschaft und Einheit und deren Umsetzung in die Praxis demonstriert werden konnte.

Die Debatte im englischen Unterhaus vom 12. Februar scheint mir nun ein höchst geeigneter Schnittpunkt der großen Diskussion zu sein, um die gegenwärtige Einstellung Englands zum Start der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu überprüfen und den offiziellen und publizistischen Standpunkt zu präzisieren. Denn diese Debatte zeigte ganz klar, wie in England seit Inkrafttreten des Gemeinsamen Marktes die Besorgnis zugenommen hat, daß man bei Begünstigung der Partner, wie sie im Sechserplan beschlossen ist, nicht gut abschneiden könnte. Daher werden dringend neue Verhandlungen mit Frankreich verlangt, dem Land, das bereits die Vorschläge Sir David Eccles als unannehmbar abgelehnt hatte, nach denen die Quotenkonzession austauschweise verlängert werden sollte. Diese ist ein Bestandteil der Verträge von Rom und wird von Frankreich vertragsgerecht nur auf die engeren Vertragspartner beschränkt. Eine solche logische Konsequenz für die Sechs wurde anscheinend in England nicht erwartet.

Die Initiative der Verhandlungen liegt nunmehr bei den Experten des Board of Trade, die bereits mit ihren französischen Kollegen im Gespräch stehen. Obwohl diese Verhandlungen heute nur zwischen Frankreich und England laufen, liegen die weiteren Folgen und Auswirkungen der Ergebnisse klar auf der Hand: Die anderen Vertragspartner von Rom müssen die jeweiligen Ergebnisse ebenso annehmbar finden wie die Nichtmitglieder des „Clubs“, denen natürlich ebenso an den Konzessionen gelegen ist, wie Frankreich sie an Großbritannien zugestehen könnte. Der

englische Referent des Foreign Office, Sir Paul Gore-Booth, beschränkt sich z. Z. auf den informativen Kontakt und Gedankenaustausch mit M. Wormser vom Quai d'Orsay. Die ernstlichen Verhandlungen beginnen erst später, mit positiveren Vorzeichen, als man in England zu hoffen gewagt hatte.

Die verworrene und unterschiedliche Einstellung der englischen Wirtschaftspolitiker äußerte sich in zweifacher Weise: Am 11. und 12. Februar veröffentlichte die „Times“ an prominenter Stelle eine längere Untersuchung dieser Frage und ihrer Hintergründe. Die Serie begann bezeichnenderweise mit einem klaren Bekenntnis, daß die Freihandelszonen-Verhandlungen gescheitert seien. Die zwei Artikel (mit der Debatte zeitlich koordiniert) zeigten die klare Tendenz, die politischen Endziele der Partnerschaft von Rom letztlich für die bisherige Fruchtlosigkeit der Gespräche verantwortlich zu machen.

Die „Times“ bringt solche Untersuchungen oft im richtigen Moment vor Unterhausdebatten, damit ein wohlinformiertes Publikum die Argumente der Politiker verfolgen kann. Die Artikel wurden durch eine eingehende und klare Darstellung der Integrationsbestrebungen aus der Feder Hallsteins in der „Times Review of Industry“, Januar 1959, gestützt.

Unter den Politikern kann man wohl weder hier noch auf dem Festland dem jungen Staatssekretär Maudling vorwerfen, er hätte nicht sein Bestes getan, denn seine Darlegungen im Haus über die Freihandelszonen-Verhandlungen gaben deutlich zu erkennen, daß es ihm vor allem um den Fortschritt der Verhandlungen, um die sofortige Wiederaufnahme der Gespräche gehe und nicht etwa um Gegenbeschuldigungen gegenüber Frankreich. Dieser Politiker versteht aus enger Nähe sehr wohl die Bedeutung der Verträge von Rom für eine europäische Neuorientierung. Er sieht jedoch in einer auf Sechs beschränkten „kleinen“ Europagemeinschaft die Gefahr einer Inselbildung inmitten des Kontinents und bedauert, daß der englische Standpunkt einer weiter ausgreifenden, wenn auch loserer Bindung im Rahmen einer Freihandelszone nicht richtig gewürdigt worden sei. Nach wie vor stehe die englische Regierung auf dem Standpunkt, eine umfassendere Zone sei die beste Lösung für Europa. Über die Weise der Verhandlungen waren die Regierungssprecher und die Opposition sich nicht einig. Die letzteren wollten gern eine Einfügung des Commonwealth in eine mögliche Freihandels-

## VEREINSBANK IN HAMBURG

ÄLTESTE HAMBURGER GIROBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 361 061  
25 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

zone anstreben. Um ihren Hauptsprecher zu zitieren: "Let us see how we can work together to make of this area an area that is really dynamic in economic and social terms". Die Opposition sucht also eine Lösung, die folgende Ideen beinhaltet (die psychologischen Vorteile einer europäischen, nur-europäischen Willensbildung für die politische Zukunft des gesamten Festlandes werden dabei entweder nicht verstanden oder nicht einbezogen): eine möglichst ausgedehnte Wirkungssphäre als Hauptziel wirtschaftlicher Expansion, Vollbeschäftigung und sozialer Fortschritt. Alle wirtschaftlichen, finanziellen und markttechnischen Schritte seien auf diese Ziele hin auszurichten, und eine Einbeziehung des Commonwealth könne nur positive Auswirkungen haben. England dürfe diese Herausforderung als wichtigste Kraftprobe in seiner Wirtschaftsgeschichte einfach nicht an sich vorübergehen lassen.

Während es sicherlich für Oppositionssprecher nicht so schwer ist, abstrakte Pläne dieser Art vorzutragen, muß man den Realismus anerkennen, wenn sie durch den Mund Mr. Maudlings verkündet, sie suche als erstes einen modus vivendi mit Frankreich und im weiteren eine Lösung der europäischen Fragen im Sinne der Debatte, in der die älteren tieferen Bindungen mit dem Commonwealth nur allzu deutlich zutage getreten sind. Es besteht kein Zweifel, daß man in England viel von Hallstein hält und auch viel erwartet. Der „Observer“, die berühmte unparteiische Sonntagszeitung, widmet ihm die Gloriole eines Profils, in dem diese Bewunderung sehr klar zum Ausdruck kommt. Ebenso klar geht daraus hervor, daß man hierzulande Hallstein inoffiziell die Ablehnung der Freihandelszone zuschreibt, obwohl Erhard und andere Wirtschaftsführer einer solchen Idee keineswegs abhold waren.

*Alfred Frisch, Paris*

## Frankreichs neue Wirtschaftspolitik

Am vergangenen Jahresende begann Frankreich einen neuen Abschnitt seiner Wirtschaftspolitik. Es stand vor der Wahl zwischen einer weiteren Inflation und einer in mancher Beziehung peinlichen Stabilisierung, zwischen der protektionistischen Abkapselung und dem Sprung in die europäische Freiheit. Den Ausgangspunkt für die getroffenen Entscheidungen bildeten übrigens weniger die Europapolitik und die Devisenlage als der Staatshaushalt. Nach den wiederholt überprüften Vorschätzungen bestand die Gefahr, daß 1959 das Defizit mindestens 1 100 Mrd. ffrs erreichen dürfte gegenüber einer als tragbar anerkannten Höchstgrenze von 600 Mrd. ffrs. Es wäre theoretisch mehr oder weniger möglich gewesen, einen Teil der im gewissen Sinne prestigemäßigen Anforderungen an die Staatskasse dem finanziellen Gleichgewicht zu opfern. Bekanntlich kosten Frankreich der Algerienkrieg, die Modernisierung Afrikas, die Atomforschung und die Investitionshilfe für die Grundindustrien viel Geld. Der Finanzminister stand jedoch dem politischen Beschluß gegenüber, daß auf keinen Fall die Zukunft des Landes finanziellen Erwägungen geopfert werden dürfe. Hierzu kam eine entscheidende soziale Schranke, nämlich der Wohnungsbau, den man ebenso ausweiten wollte wie die produktiven Investitionskredite. Eine Spekulation auf die Beendigung des Algerienkrieges wäre nach Ansicht der Verantwortlichen einer Vorankündigung der Kapitulation gleichgekommen. Außerdem handelt es sich hierbei um eine sehr umstrittene Einsparmöglichkeit. Der Frieden in Algerien bringt zwangsläufig sehr hohe Investitionsverpflichtungen mit sich. Ferner werden seit einigen Jahren die französischen Militärkredite sehr zurückhaltend festgesetzt. Der Algerienfeldzug geht viel mehr zu Lasten der allgemeinen Ausrüstung und Modernisierung der Armee als zu Lasten

des Steuerzahlers, so daß seine Beendigung kaum zu einer Verringerung der Militärkredite führen würde. So sehr der Algerienkrieg zweifellos psychologisch in verschiedenster Form auf der französischen Wirtschaft lastet, so sehr übertreibt man leicht seine unmittelbaren finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen. Abgelehnt wurde politisch nach langen Diskussionen auch die sogenannte Entbudgetisierung der Investitionskredite, die vorwiegend den verstaatlichten Industrien zufließen. Man sieht hierin ein unentbehrliches Werkzeug der langfristigen Wirtschaftslenkung und glaubte nicht, das Risiko eingehen zu können, den Ausbau der Grundindustrien dem guten Willen des privaten Kapitalmarktes auszuliefern. Das einzige Zugeständnis in Richtung einer Einschränkung der zukünftigen Erfordernisse betraf den Bau von Schulen. Hierfür wurden auf Grund einer persönlichen Entscheidung General de Gaulles nicht alle erforderlichen Kredite bewilligt.

### *Inflation oder Entsagung*

Da dem Finanzminister auf diese Weise der Weg der bequemen Einsparungen versperrt war, mußte er sich entweder für eine elastische Deutung der Inflationsgefahr aussprechen oder die unpopuläre Lösung einer finanziellen Entsagungs politik (austérité) vorschlagen. Der erste Ausweg wurde ihm von nicht wenigen französischen Sachverständigen, denen die Beibehaltung einer langfristigen Expansion wichtiger als die Stabilisierung der Preise erschien, nahegelegt. Danach wäre eine Erhöhung des Fehlbetrages von 600 auf 900 Mrd. ffrs durchaus tragbar, dies um so mehr, als es sich hierbei gar nicht um einen echten Fehlbetrag handelt, denn die staatlichen Investitionskredite, die Zinsen tragen und rückzahlbar sind, übersteigen augenblicklich einen Wert von 600 Mrd. ffrs. Man wies ergänzend darauf hin, daß unter Berücksichti-